zum Kreistag am 27.07.2015, TOP 8
Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.

Landkreis Ebersberg	Ebersberg, 24.07.2015
Az.	Zuständig: Norbert Neugebauer, ☎ 08092 823 175

Vorgesehene Beratungsreihenfolge
ULV-Ausschuss am 23.07.2015, Ö
Kreistag am 27.07.2015, Ö

ÖPNV; Sicherheit in Schulbussen; Antrag von KR Martin Esterl vom 11.06.2015

Antrag KR Martin Esterl
BM_Dobrindt_Schulbusse_AL_RN_TH_2015_06_22
Offener Brief an MdL Dr. Florian Herrmann

Sitzungsvorlage 2015/2457

I. Sachverhalt:

Aufgrund eines aktuellen Schulbusunfalls im südlichen Landkreis im Juni dieses Jahres beantragt Kreisrat Martin Esterl, dass der Kreistag eine Petition an den Bayer Landtag bzw. an die bayer. Staatsregierung zur richten und diese ggf. an die Bundesregierung weiterzuleiten hat mit dem Inhalt, die Gurt- und Sitzplatzplicht in Schulbussen einzuführen.

Die Sicherheit unserer Schulkinder liegt allen am Herzen. Die Gefahren im Straßenverkehr sind vielfältig, eine Sitzplatzgarantie mit Anschnallpflicht kann zur Sicherheit beitragen, ist aber nur ein Baustein.

Bereits unmittelbar nach dem o.g. Unfall hat sich Landrat Robert Niedergesäß zusammen mit MdB Dr. Andreas Lenz und MdL Thomas Huber in dieser Sache an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrinth gewandt. MdL Dr. Florian Herrmann (Präsident der Landesverkehrswacht Bayern e.V.) wurde von seinem Kollegen Huber angeschrieben (s. Anlagen).

Das Thema wurde in der Sitzung des ULV-Ausschusses am 24.07.2015, auch mit den anwesenden Busunternehmern Ettenhuber, Reiser und Riedl ausführlich und konstruktiv diskutiert. Folgende Argumente wurden dabei vorgebracht:

- die größte Gefahr für die Kinder bestehe nicht während der Fahrt sondern beim Ein- und Aussteigen
- Schulbusbegleiter wären eine gute Sache, wie sieht die Ausbildung aus, welche Kompetenzen haben diese?
- der Busfahrer kann keine Verantwortung übernehmen, wenn Kinder nicht die Sitzplätze einnehmen
- die von der Fa. Ettenhuber freiwilligen und kostenlosen Schulungen von Schulklassen sollten verpflichtend für alle eingeführt werden
- die Mehrkosten von weiteren Busfahrten wegen der Sitzplatzgarantie müssten vom Sachaufwandsträger beglichen werden (bei entsprechender bundesgesetzlicher Regelung mit erhöhten Zuschüssen des Landes).

Sehr intensiv wurde auch über die Anschnallpflicht diskutiert. Diese sei dann nicht sinnvoll,

wenn Sie nicht durchgesetzt werden könne. Letztlich hat sich der ULV-Ausschuss gegen zwei Stimmen dazu durchgerungen, die Forderung der Anschnallpflicht in der Petition weg-zulassen.

Auswirkung auf Haushalt:

keine

II. Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

1. **Die Initiative zur Erhöhung der Sicherheit in Schulbussen an das Bundesverkehrsministerium wird befürwortet.**
2. **Bundesregierung und Bayer. Staatsregierung werden aufgefordert, die gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen um eine Sitzplatzgarantie in Schulbussen zu gewährleisten.**

gez.

Norbert Neugebauer